

Linda Erker

Die Universität Wien im Austrofaschismus

Vienna University Press



V&R

unipress



unipress

Schriften des Archivs der Universität Wien
Fortsetzung der Schriftenreihe des Universitätsarchivs,
Universität Wien

Band 29

Herausgegeben von

Ulrike Denk, Nina Knieling und Thomas Maisel



universität
wien

Universitätsarchiv

Die Bände dieser Reihe sind peer-reviewed.

Linda Erker

Die Universität Wien im Austrofaschismus

Österreichische Hochschulpolitik 1933 bis 1938, ihre
Vorbedingungen und langfristigen Nachwirkungen

Mit 40 Abbildungen

V&R unipress

Vienna University Press



universität
wien



Stadt
Wien

—
HSF

INSTITUT
FÜR HISTORISCHE
SOZIALFORSCHUNG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<https://dnb.de> abrufbar.

**Veröffentlichungen der Vienna University Press
erscheinen bei V&R unipress.**

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Stadt Wien Kultur (MA 7), des Instituts für
Historische Sozialforschung der Arbeiterkammer und des Rektorats der Universität Wien.

© 2021 Brill | V&R unipress, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd,
Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien,
Österreich)

Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh,
Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, Verlag Antike und V&R unipress.
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Universität Wien im Februar 1934. Quelle: ÖNB/Wien, 461.707-B, 00188023,
»Februar 1934, 12.2.1934«.

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Birkstraße 10, D-25917 Leck
Printed in the EU.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2198-624X

ISBN 978-3-8470-1362-4

Inhalt

Einleitung	9
Erkenntnisinteresse und Aufbau der Studie	11
Stand der Forschung	14
Quellenarbeit	20
Diktatur der vielen Namen	25
1. Missbrauchte Autonomie: Die politisierte Universität von 1918 bis 1933	27
Tage des Terrors im Oktober 1932	27
Rückblick: Die politischen Entwicklungen an der Universität ab 1918 .	33
Die Rolle der Universität Wien im »Schwarzen Wien«	39
Antidemokratische Agenda und Autonomie	48
Der Aufstieg der NS-Rektoren	52
US-amerikanische Beobachtungen der Gewalt	57
Jahresbeginn 1933: Höhepunkt des NS-Studententerrors	62
2. Pauken und Prügeln: NS-Studententerror und austrofaschistische Gegenmaßnahmen, März 1933 bis Juli 1934	69
Universitärer Mikrokosmos am Anatomischen Institut	69
Erster Wendepunkt an der Universität Wien	74
Verschärfte Durchgriffe gegen die NS-Studierenden	80
Semesterauftakt im Herbst 1933 und autoritäre Neuordnung	83
Staatliche Disziplinarsenate, um den Terror in den Griff zu bekommen	87
Disziplinierungen im Studienjahr 1933/34	92
Der Februar 1934 und die linken Studierenden	96
3. Zwischen Eifer, Eid und Entlassung: Veränderungen im Lehrkörper, März 1933 bis Juli 1934	103
Zuckerbrot und Peitsche: Beginn der Lehrenden-Überwachung	104

Erste Enthebungen von Lehrenden als »versteckte« Disziplinierungen	108
Zentralisierung der Personalangelegenheiten	112
Am »Österreichischen Weg«	123
4. Gestaltungsansprüche: Studierende zwischen Juliputsch 1934 und Juliabkommen 1936	135
Der gescheiterte NS-Putsch	135
Konsequenzen für die nationalsozialistischen Studierenden	139
Die »lange« Perspektive der Linken	151
Die beiden Hochschulgesetze im Juli 1935	154
Patriotisches Selbstverständnis in austrofaschistischen Studentenzeitschriften	168
5. Neuordnung und Einsparung: Berufungen und Pensionierungen von Lehrenden, Juli 1934 bis Juli 1936	173
Heinrich Gomperz: Platz machen für den Wunschkandidaten	181
Ludwig Adamovich: Die typische Ständestaatsbesetzung?	184
Prioritätenverschiebung: Expertise vs. Weltanschauung	185
Hochschulpolitik durch Postenstreichungen	190
6. Abstieg des Austrofaschismus: Die Universität Wien zwischen Juliabkommen 1936 und »Anschluss« 1938	193
Das Juliabkommen und seine Folgen	193
Austrofaschistischer Universitätsalltag: Inklusion und Exklusion durch Berufungen	199
Wissenschaftlerinnen an der Universität Wien von 1933 bis 1938	204
Antisemitischer Grundkonsens	209
Vergiftetes politisches Klima, ein Mord und sein Nachleben	214
Am Vorabend vom »Anschluss«	217
7. Der lange Schatten des Austrofaschismus: NS-Regime und Nachkriegszeit an der Universität Wien	225
Die (Selbst-)Gleichschaltung 1938	225
Restauration statt »Stunde Null« ab 1945	233
Zwischen Entnazifizierung und Rückkehr der »Ehemaligen«	237
Mit starker Lobby: Reintegration und Rehabilitierung ab 1955	252
Schlussbetrachtungen	263
Die Universität Wien und die erste österreichische Diktatur	267
Universitätsgeschichte: Ein Beitrag zur Faschismusforschung	274

Antisemitisch, androzentrisch und allzu lange rückwärtsgewandt . . .	278
Anhang	281
Dokumentation und Verzeichnis der Grafiken	281
Literaturverzeichnis	286
Archivbestände und Quellen	312
Abkürzungsverzeichnis	316
Personenverzeichnis	318
Hinweise	323
Danksagung	325

Einleitung

Viel ist an der Universität Wien aus der Zeit des Austrofaschismus bis heute nicht erhalten geblieben. Die wichtigste Hinterlassenschaft hat aber kaum an Bedeutung eingebüßt: das Auditorium Maximum (kurz: Audimax) im Hauptgebäude der Universität Wien am Ring. Als der damals größte Hörsaal des Landes am 14. Dezember 1936 feierlich eröffnet wurde, konnten die HörerInnen von »Radio-Wien« den Festakt ab 11:15 Uhr eine ganze Stunde lang an den Empfangsgeräten mitverfolgen – es war der erste akustische *Live-Stream* aus der Universität Wien.¹ Kardinal Theodor Innitzer weihte das Auditorium Maximum ein und erteilte damit dem Neubau, der durch die Verbauung eines Innenhofes entstanden war, auch Gottes Segen. Die Gestaltung der Feier, an der Rektor Leopold Arzt und Festredner Richard Meister maßgeblich beteiligt waren, wurde damit auch zum sinnfälligen Beispiel für die engen Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem autoritären Regime auf dem Boden der Universität. Kirche und Politik hatten zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehr als zwei Jahren in die österreichischen Universitäten hineinregiert und sie im Sinne des Austrofaschismus umgeformt.

Zusätzlich zu den Eingriffen von außen gab es zwischen 1933 und 1938 auch Veränderungen von innen, um die Universität umzugestalten. Lehrende und Studierende verfolgten eigene Interessen, die sich nicht zuletzt in der Diskriminierung und im Ausschluss von KollegInnen und KommilitonInnen zeigten. Gemeinsam war diesen Maßnahmen, dass sie die Freiheit der Wissenschaft auf akademischem Boden einschränkten und die Universität Wien in den Jahren des Austrofaschismus zu einer Konflikt- und manchmal auch Kampfzone machten.

Dieses Buch basiert auf der Dissertation der Autorin, die von Sybille Steinbacher (Wien/Frankfurt am Main) betreut wurde. Das Manuskript wurde gewissenhaft überarbeitet sowie um die aktuellste Forschungsliteratur und weitere Recherchen ergänzt; zugleich wurden die Kapitel zur spanischen *Universidad Central de Madrid* ausgekoppelt. Vgl. ERKER, Die Universität Wien im Austrofaschismus: Zur politischen Vereinnahmung einer Hochschule – im Vergleich mit der Universität Madrid im Franco-Faschismus.

1 Vgl. Montag, 14. Dezember. In: Radio-Wien 13 (11. 12. 1936) 11, S. 16.

Obwohl diese fünf Jahre große Veränderungen für die Universität Wien brachten, blieben sie – im Gegensatz zu den sieben Jahren im Nationalsozialismus – lange unerforscht. Was nach dem »Anschluss« im März 1938 an der ältesten bis heute bestehenden Universität im deutschsprachigen Raum geschah, war in der Universitätsgeschichte einzigartig. Doch auch in den Jahren zuvor war es zu tiefen Einschnitten gekommen.

Die Auflösung des Nationalrates im März 1933 markierte den Anfang der ersten österreichischen Diktatur. Fast hätte das Ende der Demokratie in Österreich auch einen ganz praktischen Nutzen für die Alma Mater Rudolphina, so die lateinische Bezeichnung für die Universität Wien, gehabt. Überfüllte Hörsäle waren nämlich schon damals ein Problem, weshalb das Rektorat der Universität Wien überlegte, die chronische Platznot der Hochschule durch die Nutzung der de facto funktionslos gewordenen Parlamentsräume zu lindern, die nur wenige Gehminuten vom Hauptgebäude entfernt lagen.² Die Universitätsleitung entschied sich dank erheblicher finanzieller Unterstützung des Unterrichtsministeriums letztlich für eine nachhaltigere Lösung: Der sechste Hof im Hauptgebäude am Ring wurde überdacht und zum Auditorium Maximum umgebaut, um so im Erdgeschoss und auf der Galerie für knapp 1.000 HörerInnen Platz zu schaffen.³ Bis heute ist das Audimax der größte Hörsaal der Universität Wien.

Zum Zeitpunkt der Einweihung des Audimax Ende 1936 war die ideologische Umgestaltung der Universität weit fortgeschritten. Bereits 1933 begann das Regime damit, die vaterländisch-katholische Erziehung der studentischen Jugend neben Lehre und Forschung schrittweise zur dritten Aufgabe der Hochschule zu machen. Vor allem die beiden 1935 unter Schuschnigg implementierten Hochschulgesetze bedeuteten für die österreichischen Universitäten eine radikale Beschneidung ihrer Autonomie und standen für die Bemühung des Regimes, die Hochschulen zu Erziehungsanstalten im Dienst der Diktatur umzuformen.

Ab 1935 waren sämtliche Studierende dazu verpflichtet, Vorlesungen zur staatsbürgerlichen Erziehung sowie zu den ideellen und weltanschaulichen Grundlagen des österreichischen Staates zu absolvieren. Ab Ende 1936 konnten diese Pflichtvorlesungen endlich auch in einem Hörsaal stattfinden, der dafür groß genug war. Unterrichtet wurden die neuen Pflichtfächer von einem erhöhten Rednerpult aus. Dahinter an der Wand befanden sich ein mächtiger doppelköpfiger Adler mit zweifachem Heiligenschein sowie einem ebenso groß dimensionierten Kreuz. Von diesem Pult aus skizzierten Kardinal Innitzer und Unterrichtsminister Hans Pernter bei ihren Eröffnungsreden am 14. Dezember 1936 die Trias von Staat, Kirche und Universität. Die junge Generation sollte, so

2 Vgl. PAWLOWSKY, Totes Parlament, S. 95 sowie KNIEFACZ/POSCH, Selbstdarstellung mit Geschichte, S. 394.

3 Vgl. »Das ›Auditorium maximum‹ eröffnet«, Der Wiener Tag, 15. 12. 1936, S. 5.

der Kardinal und Erzbischof, die Liebe zu ihrem Vaterland entdecken und die christliche Weltanschauung sich »in die Herzen der akademischen Bürger senken«. ⁴ Der Unterrichtsminister sprach anschließend davon, dass die Universität nicht mehr »einen Gegensatz von Glauben und Wissen« vertreten sollte und die Wissenschaft nicht mehr voraussetzungslos sei, denn sie »kann die Bindung an metaphysische Werte nicht mehr ablehnen« ⁵ und müsse dem Staat dienen. Die Hochschulen waren unter austrofaschistischer Führung mithin dazu angehalten, gefügiger Teil des neuen Staates zu sein. ⁶

Das Universitätsleben sah zu dieser Zeit allerdings weniger harmonisch aus, als die Reden von Pernter und Innitzer vermuten ließen. Die Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur hatte sich durch autoritäre Eingriffe und politisch motivierte Disziplinierungen von Lehrenden und Studierenden ihren Einfluss an den Hochschulen erst sichern müssen. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Universitäten – stärker noch als andere Bereiche der Gesellschaft – von deutschnationalen und nationalsozialistischen Kräften unterwandert waren. Nicht ohne Grund titelte die »Arbeiter-Zeitung« im Februar 1933, also kurz vor Dollfuß' Ausschaltung des Parlaments: »Die Universität – eine braune Kaserne!«. ⁷ Die gesetzlichen Eingriffe zur »Rückeroberung der Hochschulen« durch das neue Regime wurden rasch gesetzt, und spätestens ab der autoritären Mai-Verfassung von 1934 war die Freiheit von Wissenschaft und Lehre noch stärker bedroht als zuvor. Das Regime endete allerdings nach fünf Jahren, noch bevor viele der austrofaschistischen Maßnahmen an den Hochschulen Wirkung zeigten.

Der politische Durchgriff auf die Hochschulen nahm nach dem »Anschluss« im März 1938 noch sehr viel drastischere Formen an: Der rassistisch und politisch motivierte Ausschluss von insgesamt über 2.200 Studierenden und über 300 Lehrenden durch die Nationalsozialisten stellte den absoluten Tiefpunkt in der langen Geschichte der Universität Wien dar. Die sieben Jahre unter NS-Herrschaft bedeuteten eine noch dramatischere Umgestaltung der Universität.

Erkenntnisinteresse und Aufbau der Studie

Das Ziel der vorgelegten Untersuchung ist es, die Entwicklungen an der Universität Wien im Austrofaschismus erstmals in einer eigenen umfassenden Studie darzustellen und damit eine Forschungslücke zu schließen. Denn im Gegensatz zu den Jahren 1938 bis 1945, die universitätshistorisch gut untersucht sind, blieben

4 »Die Eröffnung des Auditorium Maximum«, Neue Freie Presse, 15. 12. 1936, S. 7.

5 »Das ›Auditorium maximum‹ eröffnet«, Der Wiener Tag, 15. 12. 1936, S. 5.

6 Vgl. ARZT, Bericht 1936/37, S. 12.

7 »Die Universität – eine braune Kaserne!«, Arbeiter-Zeitung, 23. 2. 1933, S. 2.

die fünf Jahre davor nahezu unerforscht. Im Zentrum der Arbeit stehen die Wechselbeziehungen zwischen der politischen Ebene und der Universität Wien mit ihren Funktionären, Lehrenden und Studierenden. Sie rekonstruiert die Veränderungen an der größten Hochschule des Landes im Austrofaschismus und analysiert die politischen Kontexte und Handlungsspielräume der einzelnen Akteure sowie der sehr wenigen Akteurinnen. Die historischen Vorgänge werden dabei institutionen- wie auch personenbezogen untersucht, um so herauszuarbeiten, was die Universität im Austrofaschismus charakterisierte. Im Besonderen geht die Studie der Frage nach, wie und mittels welcher Instrumente die Autonomie der Universität nach 1933 beschränkt wurde und in welchem Ausmaß die katholische Kirche ihren Einfluss im Bereich der Hochschulen erweitern konnte. Spezielles Augenmerk liegt auf der Geschichte der antisemitischen Diskriminierungen im Bereich der Lehrenden sowie der Frage nach der Inklusion und Exklusion linker und/oder jüdischer bzw. als jüdisch fremddefinierter WissenschaftlerInnen durch Antisemiten und deren Netzwerke. Schließlich geht es auch darum, das Spannungsverhältnis zwischen dem Regime und nationalsozialistisch eingestellten Lehrenden und Studierenden zu untersuchen.

Bei einem genauen Blick auf die Ereignisse zeigt sich, dass es zwischen März 1933 und März 1938 nicht bloß zu einem einzigen Umbruch an der Universität Wien kam, der mit dem Wechsel von der Demokratie in die Diktatur einherging. Genauer betrachtet lassen sich drei voneinander zu unterscheidende Etappen der Transformation unterscheiden.⁸ Auf die erste Phase der Regime-Konstituierung nach dem Staatsstreich im März 1933 folgte die zweite Phase, die mit der Proklamation der Verfassung im Mai bzw. mit dem Juliputsch 1934 einsetzte und bis zum Juliabkommen 1936 dauerte. Diese zweite Phase stellte gewissermaßen die austrofaschistische Blütezeit an der Universität Wien dar. Diese zwei Jahre waren unter anderem durch neue Universitätsgesetze und strikteres Vorgehen gegen oppositionelle Lehrende und Studierende geprägt. Mit dem Juliabkommen 1936 begann dann die dritte und letzte Phase, in der es zur Umsetzung des »Deutschen Wegs« und damit zum allmählichen Niedergang des austrofaschistischen Projekts kam. Nur 15 Monate nach der staatstragenden Eröffnung des Auditorium Maximum im Dezember 1936 stand die Alma Mater Rudolphina nach dem »Anschluss« im März 1938 unter nationalsozialistischer Führung. Diese Dreiteilung spiegelt sich auch in der Struktur der Arbeit wider und deckt sich mit der etablierten Periodisierung des austrofaschistischen Herrschaftssystems.⁹

8 Diese Untersuchung steht damit einer Perspektive kritisch gegenüber, die bei der Periodisierung ganz auf die Umbruchsjahre, im Fall des Austrofaschismus noch dazu fälschlicherweise auf 1934 und nicht auf 1933 fokussiert und dabei den Wandel innerhalb der Diktatur und damit die Binnendifferenzierung außer Acht lässt.

9 Vgl. TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem.

Die Untersuchung konzentriert sich aber nicht nur auf die Zeit der Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur, sie macht auch deutlich, dass die inneruniversitären Entwicklungen sowohl bei den Lehrenden wie auch den Studierenden bereits in den Jahren vor dem Austrofaschismus rekonstruiert werden müssen. Es ist einerseits zwar unbestritten, dass der Beginn der ersten österreichischen Diktatur eine politische Zäsur darstellte. Die Geschichtsschreibung entlang politischer Zäsuren und der damit fokussierte Blick auf den Bruch, in diesem Fall auf den Bruch mit der Demokratie im März 1933, verdeckt andererseits aber die vielen Kontinuitäten aus den 1920er Jahren bis weit in das Dollfuß/Schuschnigg-Regime hinein. Daher setzen die weitgehend chronologisch aufgebauten Kapitel der Studie bereits mit der Geschichte der Universität Wien in der Ersten Republik ein, um die Entwicklungen nach 1933 in ihrem historischen Kontext zu betrachten. Nach 1918/19 wurde die Universität Wien noch stärker als in den Jahrzehnten zuvor zum Austragungsort antisemitischer Anfeindungen. Dabei standen einander Hochschulübler (ganz selten auch Frauen) unterschiedlicher politischer Richtungen nicht nur im intellektuellen, sondern auch im physischen Schlagabtausch gegenüber. Deutschnationale und später nationalsozialistische Studierende organisierten – zum Teil gemeinsam mit ihren katholischen Kollegen – die Diskriminierung von linken und/oder jüdischen Studierenden. Gleichzeitig wurde die Hochschulautonomie von mehr oder weniger geheimen Professorencliquen dafür missbraucht, linke und jüdische bzw. als solche definierte Lehrende sukzessive aus der Universität zu drängen. Zudem gelang es ihnen, Maßnahmen gegen den Antisemitismus und den Rechtsruck konsequent abzublocken.

Die Beziehungen zwischen dem Dollfuß/Schuschnigg-Regime und der Universität Wien sowie die Entwicklungen an der Hochschule von März 1933 bis März 1938 stehen sodann in den fünf anschließenden Kapiteln im eigentlichen Zentrum der Untersuchung. Lehrende und Studierende werden in den Ausführungen zu den ersten beiden austrofaschistischen Phasen (1933 bis 1934 sowie 1934 bis 1936) in gesonderten Abschnitten untersucht. Diese Trennung erscheint sinnvoll, da ab 1933 die gesetzlichen Maßnahmen, die staatlichen Repressionen aber auch die politische Vereinnahmung der Universitätsangehörigen massiv zunahmen. Im besonderen Fokus stehen die Disziplinarverfahren gegen oppositionelle Angehörige beider Gruppen, da diese Verfahren wichtige Rückschlüsse auf die politischen Entwicklungen und autoritären Eingriffe an der Hochschule zulassen. Die politischen Schlüsselmomente – wie die Parteienverbote 1933/34, die Kampfhandlungen im Februar 1934, die Mai-Verfassung 1934 und der gescheiterte Putsch im Juli 1934 – wirkten sich auch auf das Leben vieler Universitätsangehöriger aus, da das Regime die Repression daraufhin verschärfte. Von 1936 bis zum »Anschluss« 1938 nahmen die gesetzlichen wie alltäglichen Eingriffe zur Machtsicherung vor allem gegen nationalsozialistische Universitäts-

angehörige aus taktischen Gründen wieder ab, sodass sich deren Situation merklich verbesserte. Mit den Entwicklungen insbesondere nach dem Juliabkommen 1936 setzte auch an der Universität ein politischer Kurswechsel ein, der im »Anschluss« an NS-Deutschland endete.

Über sein kurzes Bestehen hinaus hatte das Regime lange währende Nachwirkungen, die im chronologisch abschließenden Kapitel der Studie in den Blick genommen werden. Nach den Jahren des Nationalsozialismus, die in vielen, aber nicht in allen Bereichen einen Bruch mit der austrofaschistischen Universitätspolitik brachten, knüpfte man nach Kriegsende in vielerlei Hinsicht an die Jahre vor 1938 an: Das erste Leitungsteam der Universität, das noch im April 1945 ernannt wurde, bestand zum Gutteil aus Personen, die bereits im Austrofaschismus Funktionsträger innerhalb und außerhalb der Universitäten gewesen waren. Und es wurden alte Netzwerke reaktiviert, um spätestens nach einer strengeren Phase der Entnazifizierung bis 1947 auch nationalsozialistisch belastete Professoren wieder beruflich zu integrieren. Die aus rassistischen Gründen vertriebenen Lehrenden holte man hingegen nicht zurück. Das Jahr 1945 bedeutete, wie mehrere Studien bereits gezeigt haben, für den Wiener Wissenschaftsbetrieb keine Stunde Null. Die Nachkriegsjahre waren auch in vielen Bereichen eine Fortschreibung der Hochschulpolitik der Zwischenkriegszeit und des Austrofaschismus, nun eben unter demokratischen Vorzeichen. Dabei erneuerten sich Machtkonstellationen unter der Federführung ehemaliger Funktionäre des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes, weshalb für die Universität Wien überspitzt von einer bis in die 1960er Jahre »verlängerten Zwischenkriegszeit« gesprochen werden kann. Dies wird unter anderem an der Personal- und der Ehrungspolitik der Universität Wien sowie an der mit ihr personell eng vernetzten Österreichischen Akademie der Wissenschaften illustriert.

Stand der Forschung

Die Geschichte der Universität Wien in den Jahren von 1933 bis 1938 fand bis vor kurzem weder in universitätshistorischen Überblickswerken noch in Form von Einzelstudien eine angemessene Beachtung. Die austrofaschistische Diktatur und ihr Verhältnis zu den Universitäten blieb entweder Anhängsel der Forschung zur Zwischenkriegszeit oder eine Vorbemerkung zum NS-Regime in Österreich. Ähnlich ist es mit den Standardwerken zum Austrofaschismus: In diesen Büchern waren die Universitäten und Hochschulen bestenfalls ein Nebenschauplatz. Unter den allgemeinen Arbeiten zum Austrofaschismus sei das Standardwerk von Emmerich Tálos hervorgehoben, der in seiner umfangreichen Monografie zum austrofaschistischen Herrschaftssystem den Repressionen im

Bildungsbereich freilich nur knapp vier Seiten widmete.¹⁰ Er veröffentlichte aber als Erster valide Zahlen zu Disziplinarverfahren, die von 1933/34 bis 1936/37 aus politischen Gründen gegen Studierende angestrengt wurden und lenkte den Blick auf politische Maßnahmen, von denen die Universität betroffen war. Gerhard Wagner arbeitete in seiner Diplomarbeit zur Österreichischen Hochschülerschaft personelle wie strukturelle Kontinuitäten und Brüche in der (Vor-) Geschichte des studentischen Vertretungsorgans über die Jahre 1933/1938/1945 hinweg auf und lieferte damit eine ausführliche Organisationsgeschichte, die leider nie in Buchform erschien.¹¹

Aus den Perspektiven der WissenschaftlerInnen und ZeitzeugInnen leisteten Marie Tidl, die im Austrofaschismus bis zu ihrer Verhaftung im November 1938 Studentin an der Universität Wien und Leiterin des Geeinten Roten Studentenverbands (GRSV) gewesen war, sowie Wolfgang Speiser, bis 1932 Obmann der Sozialistischen Studentenschaft, wertvolle Beiträge zur Hochschulgeschichte.¹² Wichtige Einblicke und wissenschaftshistorische Analysen trug auch Engelbert Broda bei. Der Chemiker kannte wie Tidl und Speiser das Innenleben der Wiener Hochschulen in der Zwischenkriegszeit und lieferte darüber hinaus auch aus der Perspektive des Exilanten und Rückkehrers einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Universität Wien über die Jahre 1933, 1938 und 1945 hinweg.¹³ Die lebensgeschichtlichen Erinnerungen und wissenschaftlichen Dokumentationen dieser drei exponierten Linken, aber auch vieler anderer, stellen wichtige Quellen dar, denn sie geben aus erster Hand Einblicke in die Wiener Hochschulgeschichte. Es sind die Jahre 1933 bis 1938, in denen die von den Nationalsozialisten nach dem »Anschluss« 1938 vertriebenen Studierenden noch einen (politisierten) Studienalltag erlebten, von dem sie später in ihren Erinnerungen durchaus sehr unterschiedlich berichteten.

Die erste Zeithistorikerin, die politische Verstrickungen österreichischer Professoren und das Verhältnis von Universität und Politik in der Zwischenkriegszeit in den Blick nahm, war Erika Weinzierl. Auch wenn sie sich nicht ausschließlich auf das Dollfuß/Schuschnigg-Regime konzentrierte, so leistete sie bereits in ihrer Antrittsvorlesung 1968 für die Jahre 1933 bis 1938 Pionierarbeit.¹⁴ Der Publikation ihrer Vorlesung im Jahr 1969 folgten an der Universität Salzburg

10 Vgl. ebd., S. 307–310, konkret Fn. 261.

11 Vgl. WAGNER, Von der Hochschülerschaft Österreichs.

12 Vgl. TIDL, Marie Hofmann-Tidl sowie TIDL, Die Roten Studenten, SPEISER, Die sozialistischen Studenten.

13 Vgl. BRODA, Das Jahr 1938 und die Naturwissenschaft in Österreich sowie BRODA, Notizen zur Rolle der österreichischen Wissenschaftler in der Emigration.

14 Vgl. WEINZIERL, Universität und Politik in Österreich. Zu Erika Weinzierl vgl. RATHKOLB, Erika Weinzierl sowie zu den Hintergründen ihrer Salzburger Berufung PINWINKLER, Die »Gründergeneration« der Universität Salzburg, S. 136–146.

Dissertationen im Bereich der Universitätsgeschichte – so etwa jene von Herbert Dachs zu Historikern an Österreichs Universitäten von 1918 bis 1930.¹⁵ Wenige Jahre nach Weinzierls Antrittsvorlesung legte Helge Zoitl sein Werk zur sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien von 1914 bis 1925 vor und publizierte damit wichtige Ergebnisse zur Studierendengeschichte, die auch für die Erforschung des Austrofaschismus relevant sind.¹⁶ Die Jahre 1933 bis 1938 waren aber weder bei Dachs noch Zoitl Teil des Untersuchungszeitraumes. Weinzierls Antrittsvorlesung inspirierte auch den späteren Wissenschaftshistoriker Friedrich Stadler.¹⁷ Seit Ende der 1970er Jahre publiziert Stadler vor allem zur Geschichte des Wiener Kreises und damit auch über den Philosophen Moritz Schlick, der 1936 im Hauptgebäude der Universität ermordet wurde.¹⁸ Im Laufe der 1980er Jahre forschten Brigitte Lichtenberger-Fenz und Susanne Preglau-Hämmerle zur österreichischen Hochschulpolitik in der Ersten Republik und legten damit ebenfalls wertvolle und detailreiche Arbeiten vor, die nach wie vor aktuell sind.¹⁹

Aus Anlass des 650-Jahr-Jubiläums der Universität Wien entstanden 2015 weitere Arbeiten, die den Austrofaschismus an der Universität bzw. wichtige Akteure der Diktatur behandelten. Aber auch in diesen Jubiläumsbeiträgen war das Dollfuß/Schuschnigg-Regime nur Teil einer größeren Erzählung oder Fragestellung. Im zweiten der vier Jubiläumsbände lieferte der Wissenschaftshistoriker Mitchell Ash einen Überblicksartikel zu den Folgen der politischen Systembrüche des 20. Jahrhunderts auf die Universitäten in Österreich und ging dabei auch auf die Brüche 1933/34, 1938 und 1945 ein. Auch hier blieb der Austrofaschismus lediglich ein Teilaspekt und hatte keine Priorität.²⁰ Die Ausstellung »Bedrohte Intelligenz – Von der Polarisierung und Einschüchterung zur Vertreibung und Vernichtung im NS-Regime«, die im Frühjahr 2015 an verschiedenen Standorten der Universität Wien gezeigt wurde, dokumentierte die systematische Diskriminierung von als jüdisch und/oder links geltenden Universitätsangehörigen vor 1938, legte aber ebenfalls den Fokus auf die Jahre ab 1938.²¹ Die Ausstellung »Die Universität. Eine Kampfzone« im Jüdischen Mu-

15 Vgl. DACHS, Politische Haltung.

16 Vgl. ZOITL, »Student kommt von Studieren«.

17 Vgl. STADLER, Laudatio auf Erika Weinzierl am 5. 5. 2009. Ich danke Friedrich Stadler für die Bereitstellung des Redemanuskripts.

18 Vgl. STADLER, Studien zum Wiener Kreis sowie STADLER, Die andere Kulturgeschichte.

19 Vgl. LICHTENBERGER, »...deutscher Abstammung« sowie PREGLAU-HÄMMERLE, Politische und soziale Funktion der österreichischen Universität.

20 Vgl. ASH, Die Universität Wien in den politischen Umbrüchen.

21 »Bedrohte Intelligenz. Von der Polarisierung und Einschüchterung bis zur nationalsozialistischen Vertreibung und Vernichtung«, kuratiert von Franz-Stefan Meissel und Thomas Olechowski von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien.

seum Wien sowie der dazugehörige Katalog dokumentierten die Geschichte der Universität Wien vor allem aus der Perspektive der jüdischen Studierenden und Lehrenden.²²

Eine Ausnahme im Zuge des Hochschuljubiläumsjahres 2015 stellte die Arbeit des Wissenschaftsjournalisten und Soziologen Klaus Taschwer dar. Er konzentrierte sich in seiner Monografie »Hochburg des Antisemitismus« zwar auf die antisemitisch geprägten Entwicklungen der Universität Wien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts,²³ doch im Kapitel »Fünf fatale Jahre unter dem Kruckenkreuz« gibt er einen ersten Überblick über die ökonomisch und politisch motivierte Entlassungs- und Pensionierungspolitik im Austrofaschismus, auch wenn in diesem Buch die Jahre 1933 bis 1938 ebenfalls nicht im Zentrum stehen.²⁴

Das gilt auch für einige weitere Arbeiten, die für die vorliegende Studie hilfreich waren, wie etwa die Studie »Black Vienna« von Janek Wasserman. Der US-Historiker rückte darin die lokalen rechtskonservativen Eliten in ihrer Rolle als die intellektuellen Widersacher des »Roten Wien« in den Mittelpunkt. Wasserman zeigte dabei, wie deutschnationale und christlichsoziale Professoren an der Universität Wien auch über die politische Zäsur der Parlamentsausschaltung 1933 hinweg eng miteinander verbunden waren.²⁵ An einigen der Protagonisten im Werk von Wasserman arbeitete sich auch Andreas Huber quellenintensiv ab. Der Historiker und Soziologe lieferte in seiner Arbeit zu den 1938 aus politischen Gründen vertriebenen Lehrenden der Universität Wien und ihrer Rückkehr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen wichtigen Mosaikstein zur Rekonstruktion von Karrieren einzelner Professoren. Viele von ihnen spielten im Austrofaschismus eine wichtige Rolle, wurden nach dem »Anschluss« aus politischen Gründen entlassen und übernahmen ab 1945 wieder wichtige universitätsinterne wie bildungspolitische Funktionen.²⁶ Die Recherchen von Roman und Hans Pfefferle zur Entnazifizierungspraxis der Universität Wien nach 1945 waren komplementär zu jenen von Huber. Das Autorenduo konzentrierte sich in seiner Studie vor allem auf die Karrieren von nationalsozialistischen Professoren und Funktionären sowie auf die inkonsequente – wie sie es nennen: »glimpfliche« – Entnazifizierungspolitik und -praxis der Alma Mater Rudolphina.²⁷

Mitarbeit: Linda Erker, Susanne Gmoser, Michael A. Mathiaschitz, Franz-Stefan Meissel, Roman Pfefferle, Herbert Posch, Thomas Olechowski, Klaus Taschwer und Stefan Wedrac.

22 Vgl. HANAK-LETTNER, Kampfzone. Zu den Ausschlüssen von HochschülerInnen vor 1938 konnte die Autorin einen Beitrag und eine Installation beisteuern. ERKER, Ausschlüsse vor dem »Anschluss«.

23 Vgl. TASCHWER, Hochburg.

24 Vgl. ebd., S. 161–199.

25 Vgl. WASSERMAN, Black Vienna.

26 Vgl. HUBER, Rückkehr erwünscht.

27 Vgl. PFEFFERLE/PFEFFERLE, Glimpflich entnazifiziert.

Einige kleinere Untersuchungen aus den vergangenen Jahren widmeten sich schließlich auch schwerpunktmäßig den Entwicklungen an der Universität Wien im Austrofaschismus, gingen dabei aber nur auf Teilaspekte ein. Im Zuge eines österreichweit vernetzten Lehrveranstaltungsprojekts entstand etwa 2013 die Publikation »Österreichische Hochschulen im 20. Jahrhundert«,²⁸ in der die Journalistin und Historikerin Stefanie Mittendorfer in einem kurzen Beitrag die Frage der politischen Disziplinierungen von Studierenden 1933/34 an der Universität Wien thematisierte. Die Historikerin Leena Eichberger wählte für einen Beitrag im gleichen Sammelband vier Lehrende der Universität Wien des Jahres 1934 aus, um den politischen Motiven von Ausschlüssen anhand der Quellen im Archiv der Universität Wien nachzugehen.²⁹ Thomas Olechowski und Kamila Staudigl-Ciechowicz veröffentlichten in dem von Ilse Reiter-Zatloukal 2012 mitherausgegebenen Sammelband »Österreich 1933–1938« eine in der Fragestellung klar abgegrenzte Studie zur Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien im Austrofaschismus.³⁰ Darüber hinaus arbeiteten sie mit Tamara Ehs 2014 in ihrer gemeinsamen Studie zur Fakultätsgeschichte wissenschaftsgeschichtliche Entwicklungen wie auch sozialhistorische Rahmenbedingungen von 1918 bis 1938 heraus,³¹ die auch neue Ergebnisse zum Austrofaschismus präsentierte. 2017 legte Staudigl-Ciechowicz eine rechtshistorische Dissertation vor,³² in der sie das Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht zwischen 1848 und 1938 untersuchte und die Jahre des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes ebenfalls ausführlicher berücksichtigte. Die Politikwissenschaftlerin Ehs wiederum forschte zu den neu eingeführten Hochschullagern von 1936 bis 1938 und lieferte damit eine Untersuchung zur austrofaschistischen Studierenden- und Ideologiegeschichte.³³

Neben diesen Studien mit Fokus auf die Universität Wien sind weitere Publikationen zu anderen österreichischen Hochschulen zu nennen, die dabei helfen, die spezielle Rolle der Universität Wien als größte Hochschule des Landes besser zu verstehen. Bereits 1988 veröffentlichte der Wissenschaftshistoriker Walter Höflechner die umfangreiche Monografie »Die Baumeister des künftigen Glücks«, die für viele der weiter oben genannten universitätshistorischen Beiträge eine wichtige Referenz darstellte. Er lieferte eine sehr quellennahe Ge-

28 An der Universität Wien leiteten Maria Mesner, Herbert Posch und die Autorin das Lehrveranstaltungsprojekt im Rahmen eines Forschungsseminars. Vgl. ERKER, Hochschulen im Austrofaschismus und Nationalsozialismus.

29 Vgl. MITTENDORFER, Disziplinarakten sowie EICHBERGER, Politisch motivierte Disziplinarverfahren.

30 Vgl. OLECHOWSKI/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Die Staatsrechtslehre.

31 Vgl. OLECHOWSKI/EHS/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät.

32 Vgl. STAUDIGL-CIECHOWICZ, Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht.

33 Vgl. EHS, Der »neue österreichische Mensch«.

schichte des Hochschulwesens in Österreich vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1938, von der auch die hier vorgelegte Publikation profitierte.³⁴ Zwei Jahre später widmete sich der Historiker Michael Gehler wiederum der Universität Innsbruck und erforschte das Spannungsfeld von Studierenden und Politik in der Zwischenkriegszeit.³⁵ Die Diplomarbeit von Alexander Freiburger zu den Disziplinarverfahren gegen NS-Studierende von 1933 bis 1938 sowie Ina Friedmanns Untersuchungen erweiterten Gehlers Darstellung um den Blick auf die politischen Repressions- und Disziplinarmaßnahmen in Innsbruck.³⁶

Der Historiker Paulus Ebner arbeitete in seiner Dissertation über die Geschichte der Wiener Hochschule für Bodenkultur (BOKU) von 1914 bis 1955 sowohl die Rolle und die Aktivitäten der nationalsozialistischen Lehrenden als auch jene ihrer Studierenden auf. Gemeinsam mit Juliane Mikoletzky gab er darüber hinaus 2016 in der Festschrift zum 200-Jahr-Jubiläum der Technischen Universität (TU) Wien einen Einblick in die Geschichte der Hochschule, die ähnlich der Universität Wien schon im Austrofaschismus und in den Jahren zuvor zu einer Arena der Gewalt und gleichzeitig Opfer strikter staatlicher Einsparungen geworden war.³⁷ Ein Beitrag im Sammelband »100 Jahre Frauen an der Technischen Universität Wien 1919–2019«, den Margarethe Szeless und Marion Krammer herausgaben, erweiterte die Auseinandersetzung an der TU Wien mit den Jahren von 1933 bis 1938.³⁸

2017 präsentierte der Historiker Johannes Koll den Sammelband »Säuberungen« an österreichischen Hochschulen 1934–1945«, in dem die politisch motivierten Ausschlüsse an den Hochschulen in Graz, Innsbruck und Wien von 1938 bis 1945 erstmals vergleichend im Mittelpunkt stehen. Einige der Beiträge berücksichtigten auch die Entwicklungen von 1933 bis 1938,³⁹ wie etwa die Studie von Markus Wurzer, der sich ausschließlich auf diesen Zeitraum konzentrierte und die Disziplinarverfahren gegen Studierende in Graz untersuchte, die einige Überschneidungen mit den Entwicklungen an der Universität Wien aufweisen.⁴⁰ Im Sammelband »Antisemitismus in Österreich 1933–1938«, der von Gertrude Enderle-Burcel und Ilse Reiter-Zatloukal 2018 herausgegeben wurde, werden gleich in mehreren Beiträgen die diskriminierenden Alltagspraktiken des

34 Vgl. HÖFLECHNER, Die Baumeister des künftigen Glücks.

35 Vgl. GEHLER, Studenten.

36 Vgl. FREIBERGER, Disziplinarverfahren gegen NS-Studierende sowie FRIEDMANN, »[...] dass ausserordentliche Zeiten und Verhältnisse ausserordentliche Massnahmen erfordern«, S. 483–490.

37 Vgl. EBNER, Die Hochschule für Bodenkultur in Wien sowie MIKOLETZKY/EBNER, Finanzielle Auszehrung und politische Repression.

38 Vgl. SZELESS/KRAMMER, 100 Jahre Frauen an der Technischen Universität bzw. ERKER, Geschlechterverhältnisse im Austrofaschismus 1933–1938.

39 Vgl. KOLL, »Säuberungen«.

40 Vgl. WURZER, »Wie die Verbrecher wurden sie registriert«.

akademischen Antisemitismus an Österreichs Hochschulen von 1933 bis 1938 aufgegriffen.⁴¹ 2019 widmeten Ina Friedmann und Dirk Rupnow in ihrem Jubiläumsband zur Geschichte der Universität Innsbruck den Jahren des Austrofaschismus besondere Aufmerksamkeit und sogar ein eigenes Kapitel. Dabei verorten sie die Innsbrucker Hochschule »[z]wischen innerer Opposition und äußerer Anpassung« und zeigen, dass es auch an der Universität Innsbruck von 1933 bis 1938 zu Ausschlüssen politisch missliebiger Universitätsangehöriger sowie zu Berufungen von dezidiert regimeloyalen Lehrenden kam.⁴² Neue Forschungsergebnisse zur Wiener Hochschulgeschichte lieferte schließlich ein FWF-Projekt zur Geschichte der Veterinärmedizinischen Hochschule, das die Historikerin Lisa Retzl 2019 mit einer Buchpublikation abschloss. Diese setzte erstmals auch eine universitätsinterne Auseinandersetzung mit der eigenen Hochschulgeschichte in Gang und soll – so die Zusage des Rektorats – in einer Gedenkinitiative ihre Fortsetzung finden.⁴³

Quellenarbeit

Für die Recherche zu den Entwicklungen an der Universität Wien in den Jahren des Austrofaschismus wurden etliche neue Quellen bearbeitet. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Archivalia der staatlichen Verwaltung, aber auch um personenbezogene Disziplinarakten, Dokumente der universitären Administration und Personalakten, um Nachlässe und lebensgeschichtliche Erinnerungen. Zudem wurden zeitgenössische Zeitungen nach einschlägigen Artikeln durchsucht.

Um die rechtliche Dimension der Neuordnungen von Österreichs Hochschulen überblicken zu können, wurden rund 120 Bundesgesetzblätter und 80 Ministerratsprotokolle ausgewertet, in denen das Hochschulwesen, die Ereignisse an der Universität Wien, Studierende bzw. die Behandlung der öffentlich Bediensteten im Mittelpunkt stehen. Die Ministerratsprotokolle erhellten, wie die jeweiligen Regierungsmitglieder bzw. Ministerialbeamten ab 1933 die Lage an den Universitäten – etwa die Ausschreitungen der NS-Studierenden – einschätzten. Die Protokolle belegen aber auch, wie sich die innen- wie außenpo-

41 Vgl. STAUDIGL-CIECHOWICZ, Rechtlicher Rahmen für die Universitäts-Personalpolitik, TASCHWER, Braun-schwarze Beziehungsgeflechte, ERKER/TASCHWER, Antisemitische Personalpolitik an der Universität Wien sowie ERKER, Studierende der Universität Wien und ihr Antisemitismus.

42 Vgl. FRIEDMANN/RUPNOW, Zwischen innerer Opposition und äußerer Anpassung.

43 Vgl. RETTL, Jüdische Studierende und Absolventen der Wiener Tierärztlichen Hochschule, RETTL, Die Wiener Tierärztliche Hochschule und der Nationalsozialismus sowie ERKER, Die Tierärztliche Hochschule im Austrofaschismus.

litischen Entwicklungen auf die Universität Wien von 1933 bis 1938 auswirkten. Insbesondere für das Verhalten der Regierung gegenüber Italien und Deutschland und für die Rechtfertigung der universitätspolitischen Maßnahmen stellen die Protokolle gemeinsam mit den ebenfalls bereits editierten »Außenpolitischen Dokumenten der Republik Österreich« wichtige Quellen dar.⁴⁴ In diesen Diskussionen zeigt sich unter anderem, wie wichtig es war, den spezifisch österreichischen Charakter der Maßnahmen zu betonen – sei es bei der Wiedereinführung der Todesstrafe im November 1933, der Schaffung von Anhaltelagern im September 1933, der Einführung von Italienisch als erste Fremdsprache im Schulunterricht (ebenfalls September 1933) oder bei der Einführung der Pflichtvorlesungen an den Universitäten sowie der Hochschullager im Juli 1935.⁴⁵ Neben den Gesetzesblättern bildeten die Verordnungsblätter aus dem Dienstbereich des Bundesministeriums für Unterricht die zweite gesetzliche Quellenbasis, um auf der Ebene der Verordnungen und Erlässe die Eingriffe in die Universitäten nachvollziehen zu können.

Das Archiv der Universität Wien stellte naturgemäß die wichtigsten Quellenbestände für diese Studie bereit – so etwa für die Personalentwicklung an der Universität Wien in den Jahren des Austrofaschismus. Um festmachen zu können, wer neu in den Personalstand eintrat, durch Berufung aufstieg oder die Hochschule verließ bzw. verlassen musste, wurden alle knapp 1.800 Universitätsangehörigen von den Portieren bis zu den Rektoren aus den publizierten Personalstandverzeichnissen der Jahre 1932/33 bis 1937/38 mit ihren Funktionen in eine Datenbank aufgenommen. Das machte es möglich, die personelle Entwicklung des wissenschaftlichen wie administrativen Personals im Detail nachzuvollziehen und zu kontextualisieren.

Ergänzend zu den Personalstand- und Vorlesungsverzeichnissen lieferten die Berichte der Rektoren, die diese jeweils am Ende ihrer einjährigen Amtszeit im Sinne eines Resümees verfassten, wichtige Hinweise etwa zu den Hintergründen von Neuanstellungen, aber auch von Abgängen in Form von Pensionierungen,

44 Vgl. RAUSCHER, Österreich im Banne des Faschismus sowie RAUSCHER/SUPPAN, Österreich zwischen Isolation und Anschluss, KOCH/VYSLONZIL, Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich (Bd. 11).

45 Vgl. zur Todesstrafe NECK/WANDRUSZKA, Protokolle des Ministerrates, Kabinett Engelbert Dollfuß (Bd. 5), S. 46. Bezugnehmend auf die Lager formulierte der Staatssekretär für die Angelegenheiten des Arbeitsdienstes, Odo Neustädter-Stürmer, im Ministerrat prägnant: »Die Konzentrationslager seien eine Erfindung der Engländer, sodaß man von einer Nachahmung reichsdeutscher Verhältnisse nicht sprechen könne. Redner [Neustädter-Stürmer, Anm. L.E.] glaube, daß die Einführung von Sammellagern begrüßt werden müsse; mit Methoden der Weichheit werde man nicht durchkommen.« Zit. nach: NECK/WANDRUSZKA, Protokolle des Ministerrates, Kabinett Engelbert Dollfuß (Bd. 4), S. 337.

Berufungen an andere Hochschulen oder durch den Tod.⁴⁶ Erst durch die Kombination all dieser Quellen war es möglich, den Rückgang bei den ordentlichen wie außerordentlichen Professoren zu ermitteln und zu klären, wie viele MitarbeiterInnen der Universität den austrofaschistischen Abbaumaßnahmen tatsächlich zum Opfer gefallen waren oder welche Auswirkungen die »Doppelverdienerverordnung« 1933/34 für Frauen an der Hochschule gehabt hatte.⁴⁷

Die zeitgenössischen Statistiken des Rektorats boten wichtige Hintergrundinformationen zu den Studierendenzahlen, zur Konfessionszugehörigkeit und auch zu den Geburtsländern der HochschülerInnen. In der »Sonderreihe 187« im Bestand »Akademischer Senat« im Archiv der Universität Wien befinden sich für den Untersuchungszeitraum 1932/33 bis 1937/38 über 700 dokumentierte Disziplinarverfahren gegen Studierende und knapp 40 weitere Einzelakten zu Angehörigen der Universität, also zu Lehrenden, BibliothekarInnen oder Laborangestellten, die sich einem Verfahren zu stellen hatten. Diese Akten konnten erstmals ausgewertet werden.⁴⁸ Neben dem Personalabbau aufgrund der Einsparungen stellten diese Disziplinierungen ein wichtiges Instrument dar, um Lehrende, vor allem aber Studierende für verbotene (parteipolitische) Aktivitäten zu bestrafen und sie von der Hochschule auszuschließen.

Im Fall der Studierenden zeigte sich, dass die große Mehrheit der Verfahren wegen des neu geschaffenen Tatbestands der illegalen parteipolitischen Betätigung eröffnet worden war. Da aber nicht immer eindeutig aus den Universitätsakten hervorgeht, für welche der damals verbotenen Bewegungen der jeweilige Student (seltener: die Studentin) aktiv war, musste neben der umfassenden Sichtung der Disziplinarakten auch in anderen Archiven zu den Betroffenen recherchiert werden. Für die Jahre 1933 und 1934 konnte dadurch zusätzlich eine

46 Die als »Rektoratsberichte« in dieser Arbeit bezeichneten Publikationen liegen im Archiv der Universität Wien auf und beziehen sich auf die sogenannten Berichte der Rektoren zum vorhergegangenen Studienjahr.

47 Vgl. Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich (BGBl.) 545/1933 vom 15. 12. 1933. In Folge gilt es zwischen dem Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich (BGBl. bis Ende April 1934 sowie nach Kriegsende) und dem Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich (BGBl. von Mai 1934 bis März 1938) zu unterscheiden. Im Jahr 1934 wird hier die Unterscheidung mit dem Zusatz -I (bis 30. April) und -II (ab 1. Mai) gekennzeichnet.

48 Ein besonderer Dank gilt Thomas Maisel, Leiter des Archivs der Universität Wien. Durch seine Unterstützung wurde es möglich, einen Gesamtüberblick über die an der Universität Wien eröffneten Disziplinarverfahren zu erstellen. Es muss davon ausgegangen werden, dass einige wenige Verfahren gegen Studierende der Jahre 1933 bis 1938 nicht mehr dokumentiert sind, wie der Fall Bruno Kreisky zeigt. Die Unterlagen zu seinem Disziplinarverfahren sind nicht mehr im Archiv der Universität Wien in der Reihe »S 187« vorhanden. Für die Datenerhebung bedeutete dieser Umstand, dass nur alle zum Zeitpunkt der Erhebung im Archiv der Universität Wien vorhandenen Disziplinarakten ausgewertet werden konnten. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen ArchivmitarbeiterInnen, insbesondere bei Katharina Brachmann, herzlich bedanken.

differenzierte Auswertung der parteipolitischen Motive hinter den Aktivitäten herausgearbeitet werden. So wurde es möglich, erstmals auch konkrete Zahlen zu ermitteln, gegen wie viele linke und wie viele nationalsozialistische Studierende Disziplinarverfahren eröffnet wurden.

Neben dem Archiv der Universität Wien war das Österreichische Staatsarchiv eine wichtige Anlaufstelle, um Recherchen zu vertiefen – etwa um die Neugründung der Disziplinarkommissionen im Bundeskanzleramt besser einordnen zu können. Anders als anfänglich erwartet, stellte die Arbeit im Staatsarchiv weniger Grundlagen- als vielmehr umfassende Ergänzungsrecherche dar, die auf die Vorarbeiten im Archiv der Universität Wien aufbauen konnte. Die Quellenrichtung im Österreichischen Staatsarchiv umfasste das Archiv der Republik (AdR) mit den Akten des Bundesministeriums für Finanzen. Auf diese Weise wurde es möglich, Einblick in die budgetäre Situation der Universität Wien zu erhalten. Spätestens seit der Finanzkrise 1929 war der universitäre Betrieb und insbesondere der Personalstand der Universität Wien von Einsparungsvorgaben gekennzeichnet. Diese Einsparungen dienten freilich nach 1933 oft – aber nicht nur – als Vorwand, um bestimmte Lehrende aus politischen oder rassistischen Gründen zu pensionieren. Die Bundespensionsakten und die im Nationalsozialismus angelegten Gauakten der NS-Verwaltung halfen dabei, die betroffenen Professoren und Dozenten politisch einzuordnen. Die Akten aus dem Bestand des Bundeskanzleramts lieferten nicht nur Informationen zu den betroffenen Personen und den erhobenen Vorwürfen, sondern zudem wichtige Hinweise zu den Mitgliedern der Kommissionen.

Im Allgemeinen Verwaltungsarchiv (AVA) erwies sich der Bestand »Unterricht allgemein« als Fundgrube für sehr unterschiedliche universitätspolitische Agenden des Ministeriums. Disziplinarverfahren gegen oppositionelle Studierende, (gescheiterte) Habilitationen und Berufungsverfahren sind hier ebenso dokumentiert wie der Alltag im internationalen Sportstudentenlager in Berlin 1936. Beispielsweise fanden sich in diesem Bestand Berichte über einzelne Teilnehmer, die sich im Zuge dieses internationalen Studierendentreffens geweigert hatten, die österreichische Bundeshymne zu singen und stattdessen das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied angestimmt hatten.⁴⁹ Darüber hinaus boten die Akten zum Juliputsch 1934 im AVA wichtige Anhaltspunkte für die Teilnahme von mindestens sechs Studenten der Universität Wien am letztlich gescheiterten Putschversuch der SS-Standarte 89 im Kanzleramt. Ergänzend gab das Archiv der Bundes- und Landespolizeidirektion Wien Einblicke in die außeruniversitäre Vernetzung vieler Universitätsangehöriger und Akademiker in rechtskonservativen, deutschnationalen und später nationalsozialistischen Vereinen vor 1938.

49 Vgl. ÖStA, AVA, Unterricht Allgemein 1848–1940, Hochschule 1935–1936, Ktn. 372, GZ. 325591/36, 1936.

Konkret handelte es sich um die Bestände des Antisemitenbundes und des Deutschen Klubs.⁵⁰

Diese Recherchen erforderten wiederum ergänzende Quellenarbeit im Wiener Stadt- und Landesarchiv, um weitere Gau- sowie NS-Registrierungsakten einzusehen. Biografische Recherchen waren zudem im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), im Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, im Archiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, im Archiv der Gesellschaft für Zeitgeschichte und im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde notwendig.

Neben den Verwaltungsakten und personenbezogenen Dokumenten lieferten Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften wichtige Informationen zur Geschichte der größten Hochschule des Landes. Offensichtlich wurde dabei zum einen, wie politisiert die Medienlandschaft in der Zwischenkriegszeit war. Zum anderen zeigte sich, wie sehr bestimmte Medien schon vor 1933 die Universitätspolitik beeinflussten.⁵¹ Dementsprechend geben die über 2.000 Artikel zum Schlagwort »Hochschule« der ehemaligen Sowidok-Zitungsausschnittsammlung (heute in der Wienbibliothek im Rathaus) wichtige Einblicke in den universitären Alltag von 1918 bis 1938. Ergänzendes Quellenmaterial bot ANNO, die virtuelle Zeitungsplattform samt Volltextsuche der Österreichischen Nationalbibliothek.

Bis dato wenig ausgewertete Quellen waren nicht nur Zeitungsartikel über die Universität, sondern auch Texte aus dem Kreis der Studierenden, die in Studentenzeitungen erschienen waren. In diesen nach 1933 ausnahmslos regimeaffinen Periodika veröffentlichten Studentenfunktionäre ihre Vorstellung einer »neuen Erziehung im neuen Staat« und Lehrende konnten dort ausführlich auf die historischen Wurzeln und die Ideologie des »Ständestaates« eingehen. Die wichtigsten Zeitschriften dieser Art waren die »Akademischen Nachrichten«, »Der Heimatschutz-Student«, das »Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs« und die »Österreichische Hochschulzeitung«. Auch über den Kreis der Universität hinaus hatten etliche Professoren und Dozenten regelmäßig für eine ständestaats-treue Leserschaft geschrieben. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Zeitschriften »Der Christliche Ständestaat«, die »Schönere Zukunft« oder die »Academia«, das Organ des Cartellverbands.

Da aufgrund der austrofaschistischen Pressezensur und des Verbots von linken wie auch nationalsozialistischen Zeitungen ab 1933 kaum mehr oppositionelle Stimmen in den Medien überliefert sind, stellten lebensgeschichtliche Erinnerungen einen wichtigen Zugang zum damaligen studentischen Alltag und Widerstand dar. Solche Zeugnisse, die vor allem im Verein »Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen«, im Literaturhaus Wien sowie in der

50 Vgl. HUBER/ERKER/TASCHWER, Der Deutsche Klub.

51 Vgl. TASCHWER, Nachrichten von der antisemitischen Kampfzone.

Exilbibliothek Wien gefunden wurden, ermöglichten es, der in den Zeitungen vertretenen Perspektive der Regimeanhänger (nur sehr selten Frauen) eine alternative Sichtweise gegenüberzustellen.

Einen Blick von außen ermöglichten schließlich diplomatische Korrespondenzen von US-amerikanischen Gesandten in Wien, die sich in den *National Archives* in College Park (Maryland, USA) befinden. Diese Sammlung umfasst mehrere Mikrofilme und neben Zeitungsartikeln vor allem Berichte und Einschätzungen zu den antisemitischen Ausschreitungen und dem angespannten Klima an der Universität Wien am Beginn der 1930er Jahre.

Diktatur der vielen Namen

Einer der großen Streitpunkte in der Diskussion um die Jahre 1933 bis 1938 ist die historische, ideologische und politische Einordnung und Bezeichnung des Regimes, das sich selbst meist als »Ständestaat« verstand, während die zeitgenössischen GegnerInnen der Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur die Herrschaftsform damals schon als Faschismus charakterisierten. Entsprechend hat sich als Gegenbegriff zum »Ständestaat« der Begriff »Austrofaschismus« etabliert. Es kamen als Alternativen in den vergangenen Jahren noch zahlreiche weitere Bezeichnungen hinzu wie »Dollfuß/Schuschnigg-Regime« oder »Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur«, die vor allem von jenen HistorikerInnen verwendet werden, die den Definitions- und politisch geprägten Begriffsstreit neutral umschiffen wollen und damit keine begriffliche Zuordnung vornehmen. Im Rahmen dieser Arbeit werden sie lediglich als sprachliche Synonymbezeichnungen zum leitenden Begriff »Austrofaschismus« gewählt.

Laut einer Ausstellungsinstallation im Haus der Geschichte Österreich aus dem Jahr 2018 wiederum, die den Titel »Diktatur der vielen Namen« trägt, gelten heute »autoritärer Ständestaat« und »Kanzlerdiktatur« als »wissenschaftliche Konsensbegriffe«, während »Austrofaschismus« heute »in der Wissenschaft umstritten« sei. Warum in dieser Studie dennoch dem Begriff Austrofaschismus der Vorrang gegeben wird, hat unmittelbar mit den wissenschaftlichen Forschungserkenntnissen der Arbeit zu tun. Bei einem Blick auf die universitätspolitischen Eingriffe und Maßnahmen in den Jahren 1933 bis 1938 bestätigt sich, dass Österreich anderen faschistischen Regimen wie Italien, Spanien aber auch Deutschland streckenweise um wenig bis nichts nachstand und als eine Variante faschistischer Herrschaft einzuordnen ist.⁵² Aufgrund dieser Gemeinsamkeiten mit anderen faschistischen Regimen und einiger österreichischer Regime-Be-

52 Vgl. zur wissenschaftlichen Einbettung des Begriffs »Austrofaschismus« vor allem TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem, S. 569–586.